

28.05.2020

Pressemitteilung anlässlich der Forderung der Familienministerin Franziska Giffey (SPD), mit den geplanten Konjunkturmaßnahmen besonders Frauen zu unterstützen:

Die Frauenberatungsstelle Herford e.V. und Notruf unterstützt die Forderung von Familienministerin Giffey: Finanzielle Unterstützung für Frauen ist dringend notwendig!

Während der Corona-Krise wird in besonderem Maße sichtbar, dass Frauen einen Großteil der systemrelevanten Arbeit unter prekären Bedingungen vollbringen und gleichzeitig einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Viele Frauen sind zusätzlich zu den Folgen der wirtschaftlich schwierigen Situation wie Lohneinbußen oder Entlassungen einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Parallel zur Erwerbsarbeit muss die Kinderbetreuung wegen der Schul- und Kitaschließungen, des Wegfalls von Tagesmüttern oder der Betreuung durch Großeltern funktionieren.

Auf diese Situation nahm SPD-Familienministerin Franziska Giffey in den ARD-„Tagesthemen“ am 18.05.2020 Bezug und forderte eine besondere Unterstützung von Frauen und Familien durch geplante Konjunkturmaßnahmen. „Man dürfe nicht in traditionelle Rollenmuster zurückfallen“ (ARD-Tagesthemen, 18.05.2020), warnte sie. Giffey forderte erneut die Lohnfortzahlung für Eltern, die wegen geschlossener Schulen und Kitas momentan nicht arbeiten können und wiederholte Ihre Forderung, dass bei Konjunkturprogrammen besonders Frauen berücksichtigt werden sollten.

Die Frauenberatungsstelle Herford e.V. und Notruf unterstützt die politische Forderung von Familienministerin Giffey und begrüßt die Verlängerung des Anspruchs auf Lohnfortzahlung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen müssen.

„Die finanzielle Benachteiligung von Frauen kann weitere psychische Krisen und verstärkte häusliche Gewalt zur Folge haben“ sagt Gerlinde Krauß-Kohn, Leitung der Frauenberatungsstelle. Für viele Klientinnen stellt die Situation eine zusätzliche Belastung dar, berichtet Mitarbeiterin Linda Deppermann-Restel. „Alleinerziehende Frauen trifft die fehlende Kinderbetreuung besonders, da sie in vielen Fällen weder auf staatliche noch auf private Betreuungsunterstützung für ihre Kinder zurückgreifen können. Das führt dazu, dass die Lohnarbeit nicht selten auf den Abend oder auf das

Wochenende verschoben werden. Es bleibt somit kaum Zeit zur Erholung“, so Linda Deppermann-Restel. Es sind jedoch nicht nur Alleinerziehende betroffen. „In manchen Fällen verzichten Frauen auf ihr monatliches Einkommen, um die Kinder zu Hause betreuen zu können. Dies betrifft auch Frauen, die wieder in die Berufstätigkeit einsteigen möchten. Dadurch nehmen finanzielle Abhängigkeiten in der Partnerschaft zu, was besonders bei häuslicher Gewalt eine Trennung erschwert. Gewaltstrukturen wird damit indirekt Vorschub geleistet“, ergänzt Christine Garberding von der Frauenberatungsstelle Herford.

Die von Giffey ausgesprochenen Forderungen sind ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die aktuellen Konjunkturmaßnahmen, betont die Frauenberatungsstelle Herford, können jedoch die finanzielle und soziale Benachteiligung von Frauen, die nun durch Corona verschärft wird, nicht ausgleichen. „Was wir fordern ist eine umfassende Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und einen öffentlichen Diskurs über die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit im Privaten“, so Gerlinde Krauß-Kohn, Leitung der Frauenberatungsstelle Herford. „Auch Hilfsangebote für Frauen wie die autonomen Beratungsstellen und Frauenhäuser sind seit Jahren strukturell unterfinanziert, auch hier wird das Dilemma der Ungleichbehandlung deutlich. Die Finanzierung von Beratung und Schutz von Frauen ist immer noch keine Pflichtleistung der Länder und Kommunen.“

Die Frauenberatungsstelle Herford e.V. und Notruf bietet ein niedrighschwelliges psychosoziales Beratungsangebot für Frauen ab 18 Jahren in allen Lebenslagen im Kreis und in der Stadt Herford. Telefonisch ist die Beratungsstelle montags bis freitags von 9 bis 10 Uhr sowie dienstags von 15 bis 17 Uhr und donnerstags von 10 bis 12 Uhr erreichbar.

Die Pressemitteilung ist in Anlehnung an die Pressemitteilung des Frauenzentrum Bad Honnef vom 19.05.2020 verfasst.